

Der Kommunale Entschuldungsfonds und der Pharisäer Micheal Schmitz vom TV:

Als in der Woche vor der letzten Stadtratssitzung (am 16.10.12) sowohl der TV als auch die Trierer Onlinezeitung jeweils mit großen Artikeln die Fraktion der Grünen in den Mittelpunkt ihrer kommunalen Berichterstattung stellten, ahnte ich schon den Duktus der medialen Informationspolitik. Dafür, dass sich die Grünen erst in aller letzter Minute zu einer – man kann nicht einmal sagen – klaren Linie gegen den Beitritt Triers zum Entschuldungsfonds des Landes RLP entscheiden haben, erhielten sie ein übergroßes Medienecho, während die Linke, die schon früh alle Argumente gegen einen Beitritt geliefert und kommuniziert hatte, wieder einmal in ihrer Politik totgeschwiegen wurde. Trittbrettfahrer werden eben medial hofiert – und das nicht nur in Trier, aber überall in der konservativ - spießbürgerlichen Presse! Insofern ist dies nichts Neues.

Allerdings erstaunt dann doch, wenn nur zwei Tage später der TV meint, erklären zu müssen wie der Kommunale Entschuldungsfonds richtig funktioniert: Hintergrund dieser verspäteten (!), weil erst nach der Abstimmung im Rat veröffentlichten Aufklärung, ist der Spott, mit dem der TV-Journalist Michael Schmitz das Abstimmungsverhalten der FDP-Fraktion im Rat kommentiert: „Bei der FDP erstaunt, dass die Fraktion den Fonds bis zuletzt nicht verstanden hatte – und sie ausgerechnet damit die Ablehnung begründete“ (TV, 18.10.12).

Jedoch sah sich der TV seinerseits nicht bemüht, die Aussage der Grünen am 14.10.12 zu kritisieren, die in ihrem vom TV protegierten Ablehnungssartikel ihre politische Botschaft gegen den Entschuldungsfonds, die von der TV-Reporterin Frau Wolff referiert wurde, mit den Worten platzierten: „Dafür [nämlich zum dauerhaften Beitritt zum Entschuldungsfonds, J.V.] muss der Stadtrat sich verpflichten, jährlich (sic!) rund 4,4 Millionen Euro bei den freiwilligen Leistungen [...] abzuknapsen“ (TV, 14.10.12). An dieser Stelle haben sowohl die Grünen als auch Frau Wolff anscheinend ebenso wenig kapiert, wie vermeintlicher Weise auch die FDP. Aber nicht nur das: Wiederum nur ein paar Tage zuvor outete sich der TV-Journalist Herr Pistorius als „extremer“ Linker, denn er betitelt seinen TV-Kommentar mit der linken Botschaft: „Trier soll nicht beitreten“ (TV, 10.10.12)! Zwar hat dies ihm als „des Teufels Anwalt“ in Trier niemand wirklich geglaubt, der sich mit Kommunalpolitik beschäftigt, aber immerhin waren dem TV und seinem Redakteur auch hier die Argumente undifferenziert doch ziemlich egal. Lediglich die Linke argumentierte sehr differenziert in einer Ausgabe der Rathauszeitung vom 16.10.12, indem sie noch einmal die entscheidenden Finanzaspekte auflistete und in ihrer politischen Verzahnung mit anderen Politikfeldern der Stadt wie Soziales, Bildungs- und Kulturpolitik darstellte: „Allein schon die Tatsache, dass man sich 15 Jahre bindet, nicht zumutbare Sparanstrengungen unternehmen muss, obwohl die Stadt nicht über ihre Verhältnisse gelebt hat, ist schon ein Zeichen, dass die Maßnahmen nicht greifen können“ (RaZ, S.2). Wie wahr!

Dann allerdings liest man in der TV-Berichterstattung zur entscheidenden Stadtratssitzung am 16.10.12 Tags drauf der OB habe erklärt, dass Trier „die Teilnahmebedingungen bereits erfüllt habe“ (TV, 17.10.12). – Allein darum ging es in der öffentlichen Debatte überhaupt nicht! Nicht die allerersten Teilnahmebedingungen standen zur Debatte, sondern die langfristigen Verpflichtungen, die die Stadt erfüllen muss. Denn werden diese einmal nicht erfüllt, ist die Stadt laut Vertrag aus dem Fonds raus. Und genau das haben die Grünen thematisiert, denn die Bedingungen eines laufenden Ausstiegs sind – auch soweit ich mich an die Formulierungen der Info-Broschüre des Landes RLP erinnern kann – nicht geklärt. So kritisierte Petra Kewes von den Grünen zu Recht: „[...] müssen wir dann die erhaltenen Entschuldungsbeiträge ans Land zurückzahlen?“ (TV, 14.10.12). Dabei ist völlig unstrittig, dass die Stadt Trier „ein Drittel des Entschuldungsfonds durch die Steigerung von

Einnahmen oder Einsparungen selbst finanzieren“ (TV, 17.10.12) muss, wie der OB in seiner Rede selbst formulierte. Allerdings geht der Satz des OB im Referat des TV noch weiter. Denn, so der OB: „[...] ist Trier verpflichtet, *jährlich* (sic!) 4,4 Millionen Euro als Konsolidierungsbeitrag zusammenzubringen“ (TV, ebd.). –

Dies verwirrt nun aber doch! Unmittelbar fährt der TV nämlich in seinem Referat des OBs mit den Worten fort: „Dabei reicht es aus, wenn – wie im Trierer Fall – dieser Betrag unter anderem durch Steuererhöhungen einmal erzielt wurde“ (TV, ebd.), um dann den finalen Schlusssatz mit einem Paukenschlag zu setzen: „Es muss nicht jedes Jahr eine neue Sparrunde gedreht werden“ (TV, ebd.).

Allerdings wurde hier eine Rolle rückwärts gedreht. Ob vom TV nur so dargestellt oder tatsächlich vom OB so gesprochen oder intendiert, weiß ich nicht! Aber zumindest der TV verwischt die enormen Sparanstrengungen der Stadt an dieser Stelle völlig: Der Satz: „[...] ist Trier verpflichtet, jährlich 4,4 Millionen Euro [...] zusammenzubringen“, endet mit der Aussage: „Es muss nicht jedes Jahr eine neue Sparrunde gedreht werden“ (ebd.). Somit bleibt die Unklarheit des Verständnisses doch weiterhin bestehen. Oder etwa nicht?

Diese Unklarheit erklärt sich aber aus der Tatsache, dass oben zwei verschiedene Maßnahmen vom OB genannt wurden („Steigerung von Einnahmen und Einsparungen“), während weiter unten nur noch verneint wird, dass keine neuen „Sparrunden“ (ebd.) mehr gedreht werden müssen. Mit anderen Worten: Die „jährlich“ (siehe oben) von der Stadt zu generierenden 4,4 Millionen Euro wurden diesmal zum großen Teil durch die Erhöhung von Steuern, Eintrittspreisen und der Erfindung neuer Steuern (z.B. Sexsteuer) finanziert. Also ist der erste Beitrag, der „Einstiegsbeitrag“, geleistet oder, wie der Ob sagt, die „Teilnahmebedingungen“ sind erfüllt.

Mit lediglich nur 4,4 Millionen Selbstbeteiligung wird die Stadt aber nicht wegkommen, denn die Broschüre des Landes RLP sprach - nach meiner Erinnerung - in einer Tabelle tatsächlich von jährlich ca. 5 Millionen Euro, die in Trier aufzubringen seien. Insofern müssen die Erträge dieser Steuern und Erhöhungen, die der Rat der Stadt Trier schon verabschiedet hat, dennoch „jährlich“ wieder generiert werden, damit „ein großer Teil“ des zu leistenden Betrags von der Stadt jährlich (!) erneut aufgebracht werden kann – und dies auf 15 Jahre. – Brechen die Einnahmen irgendwann einmal unverhofft ein, muss die Stadt notwendig anderweitig Abhilfe schaffen: Das heißt eben erneut Sparen und Zusammenstreichen bis der fällige Betrag steht. Ansonsten wäre die Stadt draußen! -

Wie dann aber der Schlusssatz zu den oben angeführten „jährlich 4.4 Millionen Euro“ (ebd.) passt, bleibt mir ein unerklärter Widerspruch!? Er wird und wurde bisher nirgendwo aufgelöst!

Nun aber verwundert Herr Schmitz sich sehr, dass der Stadtrat ein „Geschenk“ des Landes von 135 Millionen Euro „fast“ abgelehnt haben könnte – denn die Grünen sowie die FDP und die Linken waren ja dagegen. Allerdings: „CDU, SPD und FWG waren der Meinung, man dürfe das Millionen-Geschenk dennoch nicht ausschlagen“ (TV, 18.10.12). Und am Ende seines Kommentars wiederholt Schmitz noch einmal seine Metapher von der „Ablehnung eines Geldgeschenks“, was aber nicht sein dürfe.

An dieser Stelle werden die Leser/innen des TV jedoch wissentlich oder unwissentlich von Herrn Schmitz belogen! Denn, dass er seinen Artikel mit „fast geschenkt“ betitelte, zeigt zumindest, dass er zu Beginn seines Artikels noch wußte, dass die Gelder des Entschuldungsfonds kein (!) Geschenk sein können! Er, sowie die bürgerlichen Parteien samt OB, stellen es aber als ein „Geschenk“ dar, wohlwissend, dass sowohl das Land RLP wie auch der Bund selbst hoch verschuldet sind. Herr

Schmitz und seine Parteigänger suggerieren hier eine irrealer Situation, in der vorgetäuscht werden soll, das Land habe sozusagen irgendwo eine „Kasse mit Schwarzgeld“, aus der man sich „cash“ bedienen könnte, so dass ja wirklich blöd sei, wer da nein sagte! O-Ton des OBs im TV vom 18.10.12: „135 Millionen Euro Cash auf die Krallen – das ist nicht symbolisch, das ist echtes Geld“ (ebd.). In der Tat! - Leider wissen alle Bürger/innen spätestens nach einem kurzen Moment des Innehaltens, dass sämtliche Gelder, von denen hier die Rede ist, als „fast geschenkt“ (ebd.) auf das Konto der Schuldenuhren von Land und Bund verschoben und dort auch verbucht werden. Wer nichts hat, kann auch nichts schenken! So ist das.

Das alles interessiert aber nicht. Ganz im Gegenteil: Es wird sogar unverhohlen von Herrn Schmitz, dem TV-Journalisten, zugegeben: „Für Trier ist der Fonds also kein echter Entschuldungsfonds, sondern eher ein Neuverschuldungsverminderungsfonds“ (ebd.). So klar hat das schon die Linke immer wieder ausgedrückt!

Mit anderen Worten: Wir haben es hier erklärtermaßen mit einer echten Mogelpackung zu tun, die vom OB und den gutbürgerlichen Parteien im Rat durchgenickt wurde, weil man kleinkariert und spießbürgerlich denkend „fast kein Geschenk“ ablehnt – selbst dann nicht, wenn man es als Gesamtgesellschaft durch Schuldenvermehrung refinanzieren wird müssen. Nach Sigmund Freund würden psychologische Sozialwissenschaftler jetzt wohlbegründet urteilen, dass die Mehrheit im Stadtrat aus Bürger/innen besteht, die in ihrer vermeintlichen Persönlichkeitsstruktur durchaus eine „anal-sadistische“ Prägung zum Ausdruck gebracht haben: Haben und noch mehr haben wollen geht vor Sein-können! Es fehlt hier an einem prinzipiengesteuerten Sozialgewissen nach Lawrence Kohlberg!

Dieser pseudopsychologisch dominierende „Arschlochcharakter“, der selber einsteckt, anderen aber durchaus höhere Schulden zumutet (- in dem irrigen Glauben, man hätte etwas „fast geschenkt“ bekommen und müsse also nicht selbst dafür bezahlen), findet jedoch seinen krönenden Abschluss in dem Spott, den Herr Schmitz über die FDP-Fraktion meint ausschütten zu müssen:

„Die FDP lehnte ihn [den Entschuldungsfonds, J.V.] in der Stadtratssitzung am Dienstagabend [...] mit der Begründung ab, die Stadt könne unmöglich über 15 Jahre lang jedes Jahr 4,4 Millionen Euro einsparen oder die Einnahmen entsprechend erhöhen“ (TV, 18.10.12). Süffisant ergänzt Herr Schmitz seinen Satz abschließend: „Dabei ist das gar nicht nötig“ (TV, ebd.). – Leider hatte das bis dahin der TV selbst noch nicht geschallt, wie die eingangs zitierten Stellen aufgezeigt haben (vgl. oben).

Es besteht nach genauer Faktenlage auch überhaupt kein Grund zur Schadenfreude! Der Fonds ist „gefaket“! Ebenso auch der Doppelhaushalt der Stadt Trier für die Jahre 2013/14. So schreibt der TV schon am 17.10.12: „Dieser Entwurf [des Doppelhaushaltes 2013/14, J.V.] belegt einmal mehr das unaufhaltsame Wachsen des Schuldesberges, 2014 werden es schon 785 Millionen Euro sein“ (ebd.). – Erstaunen suggerierend geht es weiter: „Dennoch sagt Jensen: ‚Trier entwickelt sich positiv.‘“ (ebd.)

Wie kann es auch anders sein, wenn man zuvor 135 Millionen Euro als „fast geschenkt“ verbucht hat – zwar ohne darüber auch nur einmal konsequent nachgedacht zu haben (siehe oben)! Dieses Geld liegt nach Angaben von Seven Teuber (SPD) einfach „auf der Straße“ (TV, 18.10.12). Und nach der Vorstellung von Herrn Plunien von der CDU wäre es geradezu „sträflich leichtsinnig, Einnahmen in dieser Höhe nicht zu realisieren“ (ebd.). Da lob ich mir doch geradezu den parlamentarischen Ungehorsam der Grünen gegenüber der Grünen Mitregierung in Mainz, wenn sie in Trier mehrheitlich ablehnend gegenüber dem „Landesentschuldungsfake“ votiert haben.

Meine politischen Super-Helden bleiben aber die neuerdings „links-liberalen“ (!) Stadträte der FDP im Trier Stadtrat. Sie haben sich täuschen lassen, weder von undurchsichtigen Verwaltungsvorlagen noch von Sonderverhandlungen des Obs mit Mainz (der TV berichtete) oder sonst welchen Purzelbäumen, die Verpflichtungen von „jährlich 4,4 Millionen Euro“ (TV 14.10) zwar benennen, aber gleichzeitig behaupten, der Betrag sei „durch Steuererhöhungen einmalig erzielt worden“ (ebd.), womit die „Teilnahmebedingungen dauerhaft erfüllt seien“ (ebd.). Pharisäer!